

15.03.2009

Ökologisch wohnen, bauen, arbeiten

Moderation: Bettina Herlitzius MdB, Sprecherin für Wohnungspolitik
Input: Manfred Rauschen, Ökozentrum NRW

Fachliche Diskussionen können sehr wohl spannend und lebhaft sein – dies zeigten die 25 TeilnehmerInnen des Forums Ökologisch wohnen, bauen, arbeiten, die sehr interessiert und auf einem fachlich hohen Niveau diskutierten.

Derzeit werden jährlich nur noch etwa 180 000 Wohnungen neu gebaut. Berücksichtigt man den zunehmenden Bedarf an altengerechten Wohnungen und die Lage auf den Wohnungsmärkten in Ballungsräumen sind nach Auskunft der Fachleute aber jährlich etwa 340 000 neue Wohnungen nötig. 70% unseres Wohnungsbestandes ist außerdem dringend sanierungsbedürftig. Demgegenüber stehen in der Bauwirtschaft zurzeit etwa 2,2 Mio. Arbeitsplätze und eine Schwarzarbeitsquote von 38%. Damit ist der Baubereich trauriger Spitzenreiter. Soweit die Fakten.

Steigern wir die Sanierungsquote auf ein gewünschtes Maß von 5%, reden wir von einem Investitionsvolumen von 290 Mrd. Euro. Hier steckt ein enormes wirtschaftliches Potential insbesondere für die regionale Wirtschaft und mittelständige Unternehmen. Auch unsere Umwelt kann in erheblichem Maß von verstärkten Sanierungsbestrebungen profitieren. Denn 40% des europaweiten Kohlendioxid-Ausstoßes werden den Gebäuden zugeschrieben – wollen wir das Klima retten, müssen wir hier anfangen! Doch wie gelingt es uns, unseren Gebäudebestand schnell, nachhaltig und sinnvoll energetisch zu sanieren? Mit dieser Frage beschäftigten sich die interessierten BesucherInnen der Arbeitsgruppe auf der grünen Umweltkonferenz.

Besonders Augenmerk lag dabei auf den aktuellen Konjunkturprogrammen. Durch diese Programme besteht die Möglichkeit insbesondere kommunale Nicht-Wohngebäude (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser) umfassend zu sanieren. Die TeilnehmerInnen bemängelten, dass bei den Programmen der Regierung keine Nachhaltigkeitsstrategie erkennbar sei und staatliche Gelder ohne Anforderungen auf welchem Niveau saniert werden soll vergeben würden. Hier wurde die Festlegung auf verbindliche Standards sowie eine Verstetigung der Programme gefordert. Die Kommunen können den Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden nicht mit den aktuellen Programmen auflösen und brauchen wie die Bauindustrie auch für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Eine Fortschreibung der in den Konjunkturpaketen enthaltenen Gelder für die Sanierung öffentlicher Gebäude wird gewünscht.

Auch scheinen viele Kommunen bei der Planung und Durchführung ihrer Bauvorhaben überfordert, häufig seien die zuständigen MitarbeiterInnen nicht baufachlich qualifiziert, da in der Vergangenheit viele Stellen gekürzt worden sind. Die Kommunen sowie die privaten Bauherren brauchen eine gute Beratung und fachliche Begleitung. Deshalb legten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Schwerpunkt auf die Aus- und Weiterbildung von ArchitektInnen, IngenieurInnen und HandwerkerInnen im Baubereich. Leider ist die Ausbildung heute oft noch lückenhaft, energetische Gebäudebeschaffenheit und Sanierungsmöglichkeiten gehören nicht zur Grundausbildung. Hier wurde beispielsweise auch die Einführung eines Studiengangs zum Fachingenieur Gebäudeenergie angeregt.

Uneinigkeit hingegen bestand beim Thema nachwachsende Rohstoffe – leider sind die Baustoffe dieser Kategorie nach wie vor ein Nischenprodukt. Einer längeren Haltbarkeit, einer höheren Recyclingfähigkeit und einem besseren Wohnklima stehen die in der Regel deutlich höheren Kosten für ökologische Baustoffe und häufig auch die Brandschutzbestimmungen gegenüber. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe könnte deshalb ebenso wie die Beschäftigung ökologisch zertifizierter ArchitektInnen an die Vergabe staatlicher Fördermittel geknüpft werden.

